


## Energiewende braucht Wettbewerb

**Strommarkt.** Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat ein Konzept vorgelegt, mit dem der Wettbewerb zwischen fossilen und erneuerbaren Energieträgern gestärkt werden kann. Nur so lassen sich Innovationen und Effizienzfortschritte erreichen. 

Die Energiewende muss effizienter werden, darin ist sich die Republik einig. Der permanente Anstieg der Umlage für erneuerbare Energien überfordert die Stromkunden. Zur Erinnerung: Am 1. Januar ist die Abgabe von 5,28 auf 6,24 Cent gestiegen – im Jahr 2010 waren es nur 2,05 Cent je Kilowattstunde.

Mit einer Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) will die Bundesregierung den weiteren Anstieg dieser Kosten begrenzen. Das Eckpunktepapier des Kabinetts für die Reform hat neben guten Ansätzen allerdings so manche Tücken:

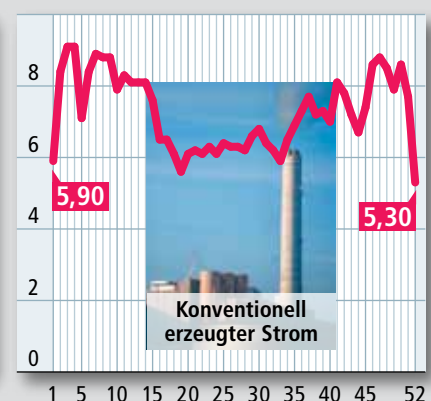
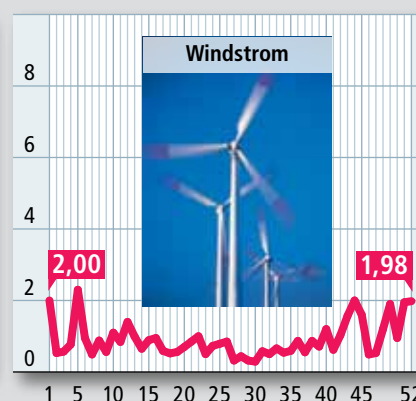
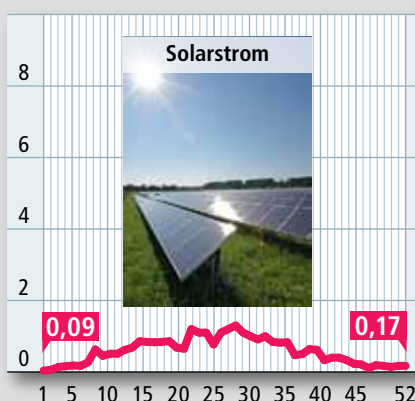
- Die Große Koalition will den Ausbau der erneuerbaren Energien

besser steuern bzw. begrenzen. So sollen die Vergütungssätze für neue Anlagen sinken. In diesem Punkt entspricht das Reformpapier den IW-Entwürfen zu einer wettbewerblichen Energiewende.

- Wind- und Sonnenstrom sollen nach den Plänen der Koalition am Markt verkauft werden – bislang müssen die Stromversorger den Erzeugern einen Garantiepreis zahlen, unabhängig davon, ob zu viel oder zu wenig Strom produziert wird. Die Differenz aus Markterlös und →

### Konventionelle Kraftwerke leisten am meisten

Stromproduktion in Terawattstunden pro Woche im Jahr 2013



Konventionell erzeugter Strom: nur Anlagen mit mehr als 100 Megawatt Leistung; Quelle: Fraunhofer ISE

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 6

### Inhalt

**Außenhandel.** Wie hoch ist der Einfluss des Außenhandels auf das Wirtschaftswachstum? Ein Blick auf die Preisentwicklung klärt auf.  
Seite 3

**Industrie.** Sie gehört längst nicht zum alten Eisen – eine Studie des IW Köln zeigt: Das Verarbeitende Gewerbe ist in der EU nach wie vor ein starker Wachstumsmotor.  
Seite 4-5

**Grundsteuer.** Seit mehr als zehn Jahren versucht die Politik, die Grundsteuer zu reformieren. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag sieht eine Neuregelung vor.  
Seite 6-7

**Fachkräfteengpässe.** Die Auftragsbücher deutscher Unternehmen sind meist voll, aber an geeignetem Personal hapert es. Auch im Gesundheitsbereich fehlen qualifizierte Mitarbeiter.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Erzeugungskosten soll durch eine Prämie ausgeglichen werden.

Damit kommt der Marktpreis aber nicht ausreichend beim Anbieter der erneuerbaren Energien an. Das IW Köln plädiert deshalb dafür, die Markterlöse durch einen prozentualen Aufschlag aufzustocken. Dann entstände ein Interesse, Strom in Zeiten hoher Preise einzuspeisen, und die Produktion würde stärker dem Verbrauch folgen.

- Die Regierung plant zudem, die Industrie stärker zu belasten. Das würde wirtschaftliche Nachteile für energieintensive Unternehmen bedeuten und den Standort Deutschland schwächen, ohne dass die Kosten für andere Verbraucher wirksam begrenzt würden.

Ein anderer wichtiger Punkt ist im Regierungspapier lediglich angedeutet: die Versorgungssicherheit. Dabei geht es um die Frage, wie die notwendigen Erzeugungskapazitäten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gesichert werden können. Denn immer öfter übernehmen Solar- oder Windkraftanlagen die Stromerzeugung. Konventionelle Kraftwerke können dann aber kein

Geld mehr verdienen. Gleichwohl sind sie notwendig, um die Stromversorgung auch bei Windstille und Dunkelheit sicherzustellen (Grafik Seite 1). Diese Versorgungssicherheit wird am bestehenden Strommarkt aber nicht vergütet.

Wie groß die Finanzierungsprobleme für viele Kohle- und Gaskraftwerke sind, machen die seit Jahren fallenden Börsenstrompreise deutlich (Grafik):

**Im Jahr 2013 kostete eine Kilowattstunde durchschnittlich nur noch 3,8 Cent – die Produktionskosten betragen je nach Kraftwerkstyp jedoch oft das Doppelte.**

Um eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten, müssen mithin ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für alle Kraftwerkstypen bestehen. Strom, der jederzeit ins Netz eingespeist werden kann, muss besser vergütet werden als Strom aus unsicheren Quellen.

Das IW Köln schlägt daher vor, die an der Strombörse handelbaren Produkte schrittweise weiterzuentwickeln. Bislang sieht es so aus: An der Strombörse werden sowohl kurzfristig (Spotmarkt) als auch langfris-

tig (Terminmarkt) Strommengen gehandelt. Auch Optionen – also die Möglichkeit, Strom zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten Preis abzurufen – können erworben werden. Allerdings: Die sichere Verfügbarkeit wird mit dem Kauf des Stroms bislang in der Regel kostenlos mitgeliefert.

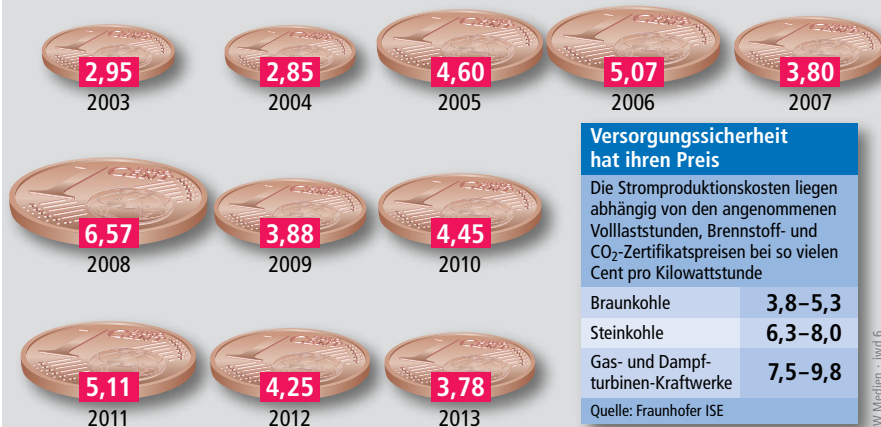
Strom aus sicheren Quellen muss aber einen besonderen Preis bekommen. So können sich Kunden Versorgungssicherheit kaufen und die Anbieter haben eine Finanzierungsquelle für ihre Kraftwerke. Beides lässt sich erreichen, indem die bisherigen Terminmärkte aufgewertet werden.

**Optionen auf Strom müssen mit einer klaren Lieferverpflichtung und – im Falle der Nichtlieferung – mit hohen Strafzahlungen verbunden sein.**

Voraussetzung für einen solchen erweiterten Optionsmarkt ist allerdings die technische Fähigkeit, einzelne Verbraucher kontrolliert vom Netz zu nehmen bzw. die von ihnen in Anspruch genommene Leistung wirksam zu begrenzen. Denn derjenige, der eine sichere Leistung zu einem höheren Preis gekauft hat, muss ja im Falle eines Engpasses auch etwas davon haben. Bisher allerdings würden alle Verbraucher gleichermaßen darunter leiden, wenn die verfügbaren Kraftwerkskapazitäten nicht ausreichen.

## Strombörse: Die Preise fallen wieder

So viele Cent kostete eine kurzfristig benötigte Kilowattstunde Strom an der Leipziger Strombörse im Durchschnitt



**Versorgungssicherheit hat ihren Preis**

Die Stromproduktionskosten liegen abhängig von den angenommenen Volllaststunden, Brennstoff- und CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreisen bei so vielen Cent pro Kilowattstunde

Braunkohle	3,8–5,3
Steinkohle	6,3–8,0
Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke	7,5–9,8

Quelle: Fraunhofer ISE

Quellen: Bloomberg, IW Köln

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln



## IW-Positionen Nr. 64

Hubertus Bardt,  
Esther Chrischilles:

Marktwirtschaftliche Stromerzeugung und Energiewende – Ein integriertes Optionsmarktmodell für erneuerbare und fossile Energiequellen, Köln 2014, 54 Seiten, 11,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:  
[www.iwmedien.de/bookshop](http://www.iwmedien.de/bookshop)

# Eine Frage der Preise

**Außenhandel.** Unterschiedliche Meldungen über den Einfluss des Außenhandels auf das Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres haben Verwirrung gestiftet. Die vermeintlichen Widersprüche lösen sich jedoch auf, wenn man den Einfluss der Preisentwicklung unter die Lupe nimmt.

Wer in jüngster Zeit die Wirtschaftsnachrichten verfolgt hat, ist auf zwei gegensätzlich klingende Meldungen gestoßen: Auf der einen Seite hat Deutschland im vergangenen Jahr in der Leistungsbilanz einen Rekordüberschuss von ungefähr 200 Milliarden Euro oder 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eingefahren. Dieser Saldo, der sich im Wesentlichen aus dem Waren- und Dienstleistungshandel mit dem Ausland ergibt, war zudem der weltweit höchste.

Auf der anderen Seite hat der Außenbeitrag – also die Differenz zwischen Exporten und Importen – laut Statistischem Bundesamt im vergangenen Jahr das reale Wirtschaftswachstum um 0,3 Prozentpunkte verringert.

Dass sich diese beiden Fakten keineswegs widersprechen, ist allerdings nur zu erkennen, wenn man sich die Berechnungen der Ökonomen genau anschaut.

Eine entscheidende Rolle spielen dabei die Preise. Denn der Leistungsbilanzsaldo basiert auf nominalen Werten – er hängt also nicht nur davon ab, welche Gütermengen Deutschland ex- und importiert, sondern auch davon, wie teuer die gehandelten Waren und Dienstleistungen sind.

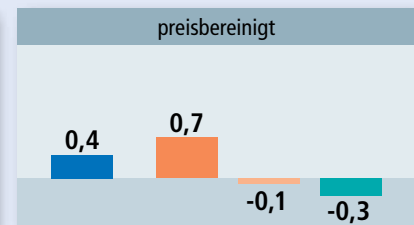
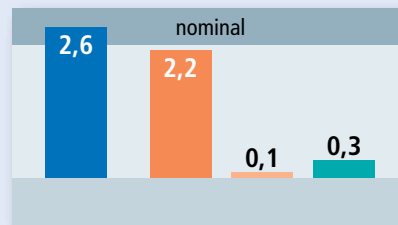
## Wirtschaftswachstum: Nominale versus reale Rechnung

Deutschland im Jahr 2013

■ Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent

Hierzu haben diese Bereiche so viele Prozentpunkte beigetragen:

■ Privater und staatlicher Konsum  
■ Investitionen  
■ Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe)



	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent			
	nominal		preisbereinigt	
	Exporte	Importe	Exporte	Importe
2008	4,0	6,1	2,8	3,4
2009	-15,4	-13,9	-13,0	-7,8
2010	17,9	17,6	15,2	12,5
2011	11,2	13,1	8,0	7,4
2012	4,5	3,1	3,2	1,4
2013	0,1	-0,6	0,6	1,3

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IWD 6

Zieht man diese nominalen Größen auch zur Ermittlung des Außenbeitrags heran, passt das Ergebnis durchaus zu den aktuellen Leistungsbilanzzahlen. Denn die Differenz zwischen Export- und Importwert stieg 2013 um fast 9 Milliarden auf 167 Milliarden Euro. Zwar legten die Einnahmen aus dem Export nur um 0,1 Prozent zu, da sich aber die Importe um 0,6 Prozent verringerten, folgt daraus (Grafik):

**In nominaler Rechnung steuerte der Außenbeitrag im vergangenen Jahr 0,3 Prozentpunkte zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,6 Prozent bei.**

Ganz anders stellen sich die Dinge dar, wenn die Preiseinflüsse ausgeklammert werden, um zu ermitteln, wie sich die Güterversorgung tatsächlich, also mengenmäßig entwickelt hat. Hier zeigt sich:

**Während das Volumen der Exporte 2013 um 0,6 Prozent zulegte, kamen die Importe auf ein reales Plus von 1,3 Prozent.**

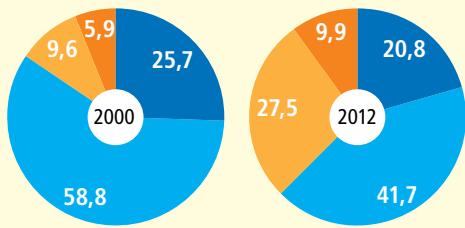
Das erklärt, warum der Außenhandel in preisbereinigter Rechnung das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nicht gesteigert, sondern um fast die Hälfte verringert hat.

Hinter den unterschiedlichen Befunden steckt letztlich, dass die Importpreise im vergangenen Jahr mit 1,9 Prozent kräftiger gesunken sind als die Preise für Exportgüter, bei denen ein Minus von 0,5 Prozent zu Buche stand. Zwar mussten auch die deutschen Exporteure angesichts der schleppenden globalen Konjunktur Zugeständnisse bei den Preisen machen. Die Aufwertung des Euro und die nachgebenden Rohstoffpreise haben die deutschen Importgüter jedoch noch stärker verbilligt.

## Europa verliert an Bedeutung

So viel Prozent der weltweiten Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes entfielen auf diese Länder

■ EU-27 ■ Andere Industrieländer  
■ Asiatische Schwellenländer ■ Andere Schwellenländer



Andere Industrieländer: z. B. Australien, Kanada, Japan, Schweiz, USA; andere Schwellenländer: z. B. Argentinien, Brasilien, Indien, Russland, Südafrika; Ursprungsdaten: Eurostat, OECD, UNO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2014 IW Medien - Iwd 6

Die EU hat erkannt, dass die Industrie für die wirtschaftliche Zukunft Europas eine Schlüsselrolle spielt. Deshalb will die EU-Kommission mit einer Neuausrichtung ihrer Industriepolitik den Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von zuletzt rund 15 Prozent bis 2020 wieder auf 20 Prozent erhöhen. Das ist ein ambitioniertes Ziel, zumal die europäische Industrie im weltweiten Vergleich zuletzt besonders stark an Boden verloren hat.

# Industrie treibt die Wirtschaft an

Im Zeitalter der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft gilt die Industrie manch einem als Auslaufmodell. Doch eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt: Das Verarbeitende Gewerbe ist in der EU nach wie vor ein starker Wachstumsmotor. Auf diesen Wirtschaftsbereich entfallen fast drei Fünftel aller Exporte und rund zwei Drittel der Forschungs- und Entwicklungsausgaben.

Die wahre Bedeutung der Industrie zeigt sich jedoch darin, dass sie stark auf die übrigen Sektoren ausstrahlt. Weil das Verarbeitende Gewerbe eng mit anderen Branchen verflochten ist, hängen in der EU insgesamt 52 Millionen Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Industrie ab. Ohne die Zusammenarbeit mit großen Industrieunternehmen könnten viele Dienstleister kaum auf dem Weltmarkt Fuß fassen. Und Innovationen entstehen in der EU häufig nur noch durch branchen- und staatenübergreifende Kooperationen.

Die Industriepolitik der EU muss all dies stärker berücksichtigen, indem sie die grenzüberschreitende Vernetzung über alle Produktionsstufen hinweg erleichtert. Dazu gilt es, den EU-Binnenmarkt effektiver zu machen

und die Wettbewerbsintensität zu erhöhen – zum Beispiel durch den Abbau von Markteintrittsbarrieren für international tätige Firmen. Nötig sind zudem eine bessere transeuropäische Infrastruktur und Informationsplattformen, die europaweite Kooperationen von Unternehmen erleichtern.

Vor allem aber muss die EU bei ihrer Industriepolitik die Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftszweigs viel konsequenter im Blick behalten. Bislang hat sich Europa oft selbst ein Bein gestellt. Zum Beispiel hat die Gesetzgebung in der Energie- und Klimapolitik dazu geführt, dass die europäischen Industriefirmen mit deutlich schärferen Regulierungen und höheren Kosten belastet sind als die Unternehmen außerhalb der EU.



Information

## Gutachten

Karl Lichtblau, Jürgen Matthes, Manuel Fritsch, Roman Bertenrath, Michael Grömling, Berthold Busch:

Industry as a growth engine in the global economy, Köln 2014

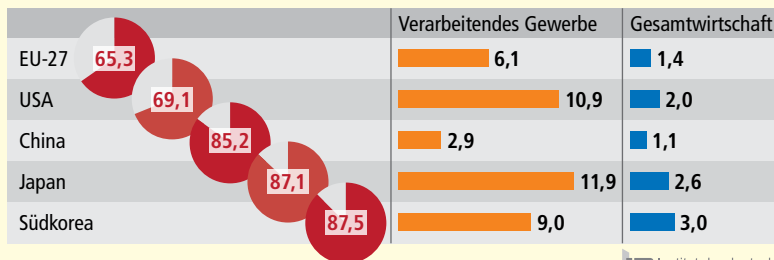
[www.iwkoeln.de/eu-industrie](http://www.iwkoeln.de/eu-industrie)

## Industrie ist Innovationsquelle

Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010

■ Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozent

■ Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozent der Bruttowertschöpfung



Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2014 IW Medien - Iwd 6

Auf den Weltmärkten entscheiden Innovationen über den Erfolg oder Misserfolg. Da die Industrie stärker als andere Branchen im globalen Wettbewerb steht, muss sie auch sehr innovativ sein. Allerdings steckt das Verarbeitende Gewerbe in der EU – gemessen an seiner Wertschöpfung – deutlich weniger Geld in die Forschung als etwa die Industrie in den USA oder Japan. Zudem sind die gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Europa rund 40 Prozent niedriger als in den USA.



## Viel Leistung im Verbund

Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 in Prozent

- Verarbeitendes Gewerbe
- Vorleistungskäufe der Industrie von anderen Sektoren abzüglich Vorleistungsverkäufe der Industrie an andere Sektoren

EU-27	15,8	+	8,5	=	24,3
Andere Industrieländer	14,9	+	2,1	=	17,0
Asiatische Schwellenländer	31,8	-	0,5	=	31,3
Andere Schwellenländer	14,8	+	3,8	=	18,6
Alle Länder	17,1	+	3,7	=	20,8

Rundungsdifferenzen angepasst; andere Industrieländer: z. B. Australien, Kanada, Japan, Schweiz, USA; andere Schwellenländer: z. B. Argentinien, Brasilien, Indien, Russland, Südafrika  
 Ursprungsdaten: World Input-Output Database

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

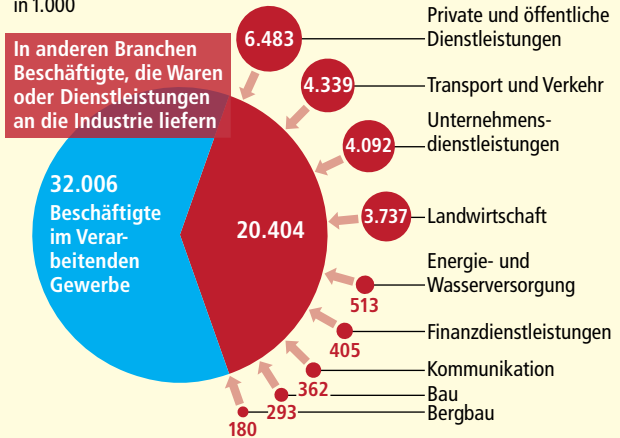
© 2014 IW Medien - IwD 6

Die Industrie ist ein wichtiger Kunde für andere Branchen. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes greifen beispielsweise auf Leistungen von Banken und Versicherungen zurück, um ihren Kunden zusätzlich zum eigentlichen Industrieprodukt ein Finanzierungspaket anzubieten. Dieser Verbund aus Industrie und Dienstleistung spielt – gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung – in der Europäischen Union eine besonders große Rolle.



## Mehr als 50 Millionen Jobs in Europa

EU-27 im Jahr 2012 in 1.000



Ursprungsdaten: Eurostat, World Input-Output Database

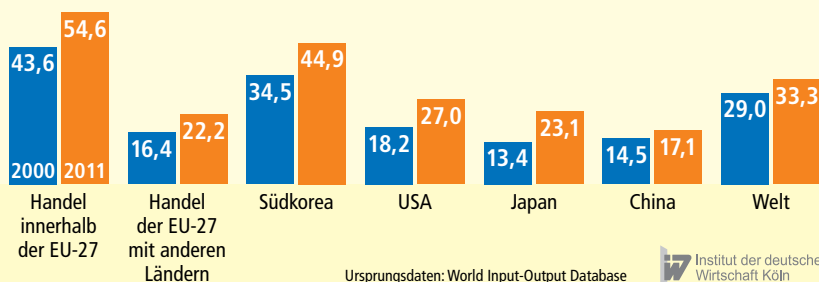
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 6

In der EU arbeiten rund 32 Millionen Menschen im Verarbeitenden Gewerbe. Weil aber auch andere Wirtschaftszweige einen erheblichen Teil ihrer Produktion an die Industrie liefern – in der Landwirtschaft beispielsweise ist es ein Drittel –, hängen letztlich noch 20 Millionen weitere Jobs von der Industrie ab.

## Reger Handel mit Vorleistungsgütern

Summe der vom Verarbeitenden Gewerbe importierten und exportierten Vorleistungsgüter in Prozent des Produktionswerts



Ursprungsdaten: World Input-Output Database

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 6

Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, beziehen die europäischen Industrieunternehmen immer mehr Vorprodukte kostengünstig oder in besserer Qualität aus anderen Ländern. Allerdings findet der Handel mit Vorleistungsgütern bislang vornehmlich innerhalb Europas statt. Auch die südkoreanische Industrie beispielsweise nutzt die Chancen der globalen Wertschöpfung deutlich intensiver.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 6

# Die überfällige Reform

**Grundsteuer.** Seit mehr als zehn Jahren versucht sich die Politik an einer Grundsteuerreform. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag sieht eine Neuregelung vor. Doch wie bei so vielen Vorhaben steckt auch hier der Teufel im Detail.

In Deutschland gibt es ungefähr 22 Millionen Immobilien und für jedes Grundstück müssen die Eigentümer Jahr für Jahr Grundsteuern zahlen (Kasten). Für die Kommunen ist die Grundsteuer die zweitwichtigste Einnahmequelle, noch mehr Geld bekommen sie nur aus der Gewerbesteuer (Grafik).

**Im Jahr 2012 betrug das bundesweite Grundsteueraufkommen annähernd 12 Milliarden Euro.**

Wie hoch die Grundsteuer ausfällt, kann jede Kommune über den sogenannten Hebesatz mitentscheiden. Dieser Satz wird mit dem Einheitswert einer Immobilie multipliziert, um den Zahlbetrag zu ermitteln – und genau hier hakt es: Denn die zugrunde liegenden Einheitswerte sind hoffnungslos veraltet – in Westdeutschland stammen sie aus dem Jahr 1964, in Ostdeutschland sogar von 1935. Vom Verkehrswert – also dem aktuellen Marktwert – sind die Einheitswerte deshalb oft weit entfernt, sodass viele die derzeitige Besteuerung als unfair empfinden. Auch der Bundesfinanzhof bezeichnet die Rechnungsgrundlagen als veraltet und mahnte bereits 2010 eine Neuregelung an.

Bislang ist allerdings keine Reform in Sicht – und das, obwohl die Bundesländer seit mehr als zehn Jahren unterschiedliche Ansätze diskutieren. Schon 2005 hatte sich die damalige Große Koalition für eine Reform der Grundsteuer ausgesprochen; und auch die jetzige Große

Koalition hat die Modernisierung der Grundsteuer im Koalitionsvertrag festgeschrieben – übrigens als einzige Steuer, die in dieser Legislaturperiode reformiert werden soll.

Was die Sache politisch so kompliziert macht, ist, dass jede Veränderung an der Grundsteuer zu erheblichen Umverteilungen zwischen den Ländern, Kommunen und Grundstückseigentümern führt – selbst dann, wenn die Reform aufkommensneutral gestaltet wird: wenn also Städte und Gemeinden weiterhin mit 12 Milliarden Euro jährlich rechnen können.

Zur Diskussion stehen derzeit vier Reformmodelle (Grafik Seite 7):

- **Das Verkehrswertmodell** berücksichtigt bei der Berechnung der Grundsteuer den Verkehrswert, also den Marktwert einer Immobilie. Nachteilig an dieser vermeintlich

## Die Grundsteuer

Die Grundsteuer wird jährlich für jeden Grundstückseigentümer erhoben. Wer eine eigene Immobilie bewohnt, bleibt auf der Grundsteuer sitzen, Vermieter dagegen können die Steuer über die Nebenkostenabrechnung vollständig auf die Mieter umlegen. Zurzeit gibt es auch eine Steuer auf land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die sogenannte Grundsteuer A. Da sie jedoch nur rund 4 Prozent des gesamten Grundsteueraufkommens ausmacht, soll sie im Zuge einer Grundsteuerreform abgeschafft werden.

gerechteren Bemessungsgrundlage ist der hohe Verwaltungsaufwand, der zur Bewertung einer Immobilie betrieben werden muss; so müssen beispielsweise aktuelle Verkaufsergebnisse ausgewertet werden. Außerdem belastet das Verkehrswertmodell vor allem Grundstücke in zentralen Lagen mit hohen Immobilienpreisen. Gleichwohl wird dieses Modell in vielen westeuropäischen Ländern angewendet, etwa in den Niederlanden.

- **Beim wertunabhängigen Modell** werden nur die Fläche und die Geschoszahl eines Gebäudes für die Grundsteuerberechnung herangezogen. Dieses Modell besteuert vor allem größere Gebäude. Die wertunabhängige Grundsteuer ist mit einem geringen Verwaltungsaufwand verbunden, setzt allerdings keine Anreize zur effizienten Bodennutzung, da die Größe des Grundstücks, auf dem sich die Immobilie befindet, unberücksichtigt bleibt.

- **Das gebäudewertunabhängige Kombinationsmodell** gleicht den Mangel des wertunabhängigen Modells ein wenig aus, indem es nicht nur die Bruttogrundfläche des Gebäudes einbezieht, sondern auch den Bodenwert des zu besteuern

## Grundsteuer: Die Top-Ten-Städte

Größtstädte mit dem höchsten Grundsteueraufkommen pro Kopf im Jahr 2012 in Euro

Hannover	281
Saarbrücken	280
Frankfurt am Main	259
Stuttgart	255
Hamburg	248
Bremen	247
Nürnberg	229
Bonn	228
Berlin	228
Leverkusen	226

Aufkommen Grundsteuer: A und B  
Quelle: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Grundstücks. Allerdings belastet es Einfamilienhäuser in besseren Lagen deutlich stärker als das wertunabhängige Modell. Auch dieses Verfahren ist einfach durchzuführen.

• **Für das Bodenwertmodell** wird einzig und allein der Bodenwert eines Grundstücks zur Steuerberechnung herangezogen – und zwar unabhängig davon, ob es bebaut ist oder nicht. Größere und teurere Grundstücke würden somit stärker besteuert als kleinere und günstigere.

Die Frage ist, welches Modell sich am besten eignet, um gleichbleibende Einnahmen bei geringem Verwaltungsaufwand zu erzielen und gleichzeitig einen Anreiz zu setzen, die in Deutschland vorhandenen Grundstücksflächen besser auszulasten und zu nutzen.

**Unter diesen Prämissen ist von den vier Reformideen das Bodenwertmodell das überlegene Verfahren.**

Denn das Bodenwertmodell vereinfacht nicht nur die Grundsteuerberechnung erheblich, es führt auch dazu, dass Eigentümer ihre Grundstücke effizienter nutzen, weil für ein unbebautes Grundstück genauso viele Steuern anfallen wie für ein bebautes gleicher Größe. Somit würde die Bodenwertberechnung einem überhöhten Flächenverbrauch und der Zersiedelung der Landschaft entgegenwirken und gleichzeitig zu einer besseren Ausnutzung von Brachflächen und Baulücken führen.

Hinzu kommt, dass mit den Bodenrichtwerten eine flächendeckende und verlässliche Bewertungsbasis zur Verfügung steht, mit der sich auch die vom Bundesverfassungsgericht geforderte maximale Streubreite einhalten lässt: Demnach darf bei der Berechnung der Grundsteuer maximal 20 Prozent vom Verkehrswert abgewichen werden.

## Grundsteuerreform: Vier mögliche Modelle

Weil die Rechtsgrundlagen zur Erhebung der Grundsteuer als veraltet gelten, soll die Grundsteuer neu geregelt werden. So hoch würde die jährliche Grundsteuer für Immobilieneigentümer ausfallen, wenn eines der folgenden Modelle angewendet werden würde

Wohnungstyp			
	<b>Aktuelle Grundsteuer</b>	<b>268 Euro</b> Einheitswert <b>12.800</b> x Steuermesszahl <b>0,0035</b> x Hebesatz <b>6</b>	<b>222 Euro</b> Einfamilienhaus in einer Kleinstadt mit 8.000 Einwohnern
	<b>Reformvarianten</b>		
	<b>Verkehrswertmodell</b>	<b>624 Euro</b> Verkehrswert <b>208.000</b> x Steuermesszahl <b>0,0005</b> x Hebesatz <b>6</b>	<b>156 Euro</b>
	<b>Wertunabhängiges Modell</b> (Brutto-Grundfläche wird mit 0,60 Euro je Quadratmeter angesetzt)	<b>288 Euro</b> Brutto-Grundfläche <b>640</b> x Äquivalenzzahl <b>0,6</b> x (Hebesatz 6 : Wohneinheiten 8) <b>0,75</b>	<b>192 Euro</b>
	<b>Gebäudewertunabhängiges Kombinationsmodell</b> (Brutto-Grundfläche wird mit 0,20 Euro je Quadratmeter angesetzt, der Grundstückswert wird anteilig mit 0,5 Promille berücksichtigt)	<b>190 Euro</b> (Brutto-Grundfläche <b>640</b> x Äquivalenzzahl <b>0,2</b> + Grundstücksfläche <b>500</b> x Bodenrichtwert <b>500</b> x Steuermesszahl <b>0,0005</b> x (Hebesatz 6 : Wohneinheiten 8) <b>0,75</b> )	<b>164 Euro</b>
<b>Bodenwertmodell</b> (Grundstückswert wird anteilig mit 0,8 Promille berücksichtigt)	<b>150 Euro</b> Grundstückswert <b>500</b> x Bodenrichtwert <b>500</b> x Steuermesszahl <b>0,0008</b> x (Hebesatz 6 : Wohneinheiten 8) <b>0,75</b>	<b>160 Euro</b>	

Annahmen:			
1900	Baujahr	2010	
500	Grundstücksfläche in m <sup>2</sup>	1.000	
80	Wohnfläche je Einheit in m <sup>2</sup>	130	
4	Anzahl Geschosse	2	
8	Anzahl Wohneinheiten	1	
160	Gebäude-Grundfläche	80	
2.600 Euro	Verkehrswert pro m <sup>2</sup>	1.200 Euro	
208.000 Euro	Verkehrswert	156.000 Euro	
500 Euro	Bodenrichtwert pro m <sup>2</sup>	100 Euro	
600	Hebesatz Kommune in Prozent	200	
12.800 Euro	Einheitswert	41.500 Euro	

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Auch der möglichen starken Belastung von Grundstücken in teuren Lagen ließe sich entgegenwirken: Neben dem Grundstückswert könnte auch die Grundstücksfläche mitberücksichtigt werden, sodass Eigentümer von kleineren Stadtgrundstücken eine geringere Grundsteuer zahlen.

Wie auch immer sich die Politik entscheidet, in jedem Fall sollte die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer allein an Grund und Boden anknüpfen, um Investitionen in den Gebäudebestand nicht zu bestrafen und die größtmögliche Nutzung von Grundstücken anzukurbeln.

# Gesucht und nicht gefunden

**Fachkräfteengpässe.** Der deutschen Wirtschaft geht es im europäischen Vergleich verhältnismäßig gut, die Auftragsbücher sind meist voll. Viele Unternehmen suchen daher geeignetes Personal, um schnell liefern zu können.

Es fehlen nicht nur – wie viele meinen – hochqualifizierte Ingenieure. Eine Analyse des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung, einer Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums, zeigt, dass deutlich mehr Berufe von einem Engpass betroffen sind. Zwischen September 2011 und August 2013 gab es in 106 Berufen kontinuierlich weniger Arbeitslose als offene Stellen. Gesucht werden vor allem Fachkräfte mit technisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt sowie aus dem Gesundheitsbereich (Grafik). Das meiste Personal fehlt in der Fachkrankenpflege.

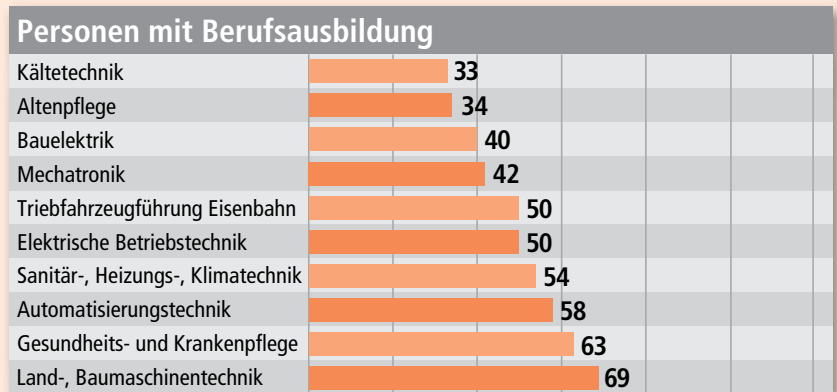
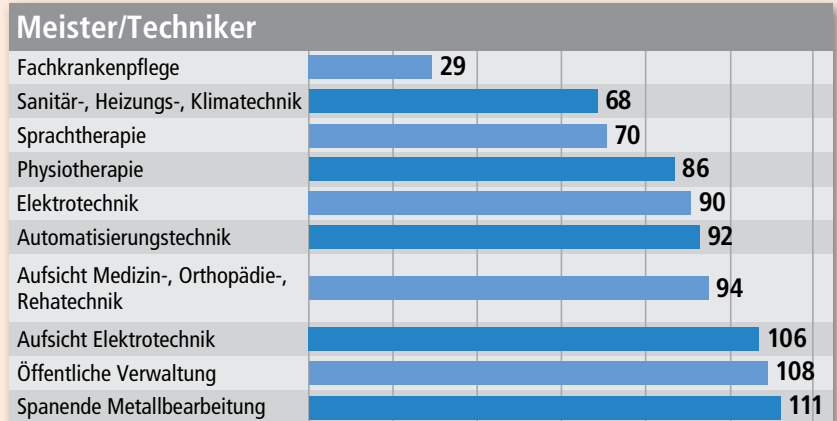
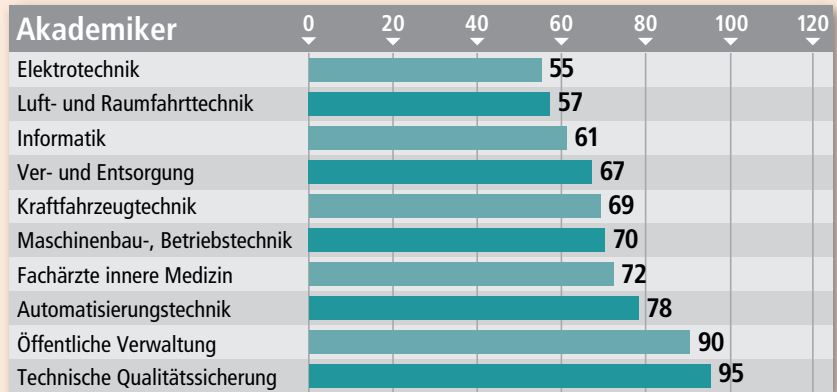
Weitere Informationen unter:  
[www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de](http://www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de)

Adressaufkleber

## Seit Jahren knapp

Die jeweils zehn Berufe mit den wenigsten Arbeitslosen je 100 gemeldete offene Stellen im Durchschnitt des Zeitraums September 2011 bis August 2013

Ein Fachkräfteengpass liegt dann vor, wenn die gemeldeten Arbeitslosen rein rechnerisch die gemeldeten offenen Stellen nicht besetzen können. Da in der Regel nur etwa jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, geht man bereits von einem Engpass aus, wenn es je 100 gemeldete offene Stellen weniger als 200 Arbeitslose gibt.



Berufe mit mindestens 100 Arbeitslosen  
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - nord 6

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer  
(verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,  
Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)

**Bezugspreis:** € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise wöchentlich  
**Aboservice:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich  
(außer Juli und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
[www.pressemonitor.de](http://www.pressemonitor.de)

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.